

# Hausgemachtes Dilemma

**Euro-Schuldenkrise.** Was momentan in der Euro-Region passiert, ist das Ergebnis eines mehrfachen Versagens: Manche Staaten haben sich ohne Hemmungen immer höher verschuldet, europäische Normen wurden unterlaufen und Sanktionen gegen Defizitsünder ausgehebelt. Aber auch die Finanzmärkte haben zu spät reagiert – und dann zu heftig.

Griechenland ist ein gutes Beispiel für das, was alles schief lief: Das Land hat noch kein einziges Mal die sogenannten Maastricht-Kriterien eingehalten, hätte also nie in die

Währungsunion aufgenommen werden dürfen. Das Defizit der Hellenen lag immer über der im Euro-Stabilitätspakt vorgeschriebenen Höchstgrenze von 3 Prozent des Bruttoin-

landsprodukts (BIP) – auch schon vor der Finanzkrise. Spanien und Irland dagegen erzielten sogar Budgetüberschüsse. Die Folge:

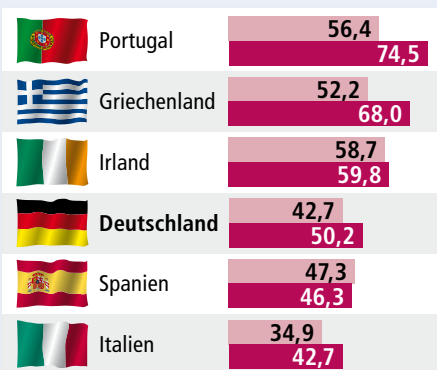
**In Irland sanken die Staatsschulden von 49 Prozent des BIP im Jahr 1999 auf 25 Prozent im Jahr 2007, in Spanien gingen sie von 62 Prozent auf 36 Prozent zurück.**

Doch diese Zahlen verdecken so manchen Konstruktionsfehler der einzelnen Volkswirtschaften. Irland zum Beispiel stieg vor allem deshalb innerhalb von zwei Jahrzehnten zu einem prosperierenden Staat auf, weil es rigoros die Steuern senkte und damit ausländische Unternehmen anzog wie ein Magnet – insbesondere die Finanzwirtschaft.

Viele Banken gründeten auf der Grünen Insel Zweckgesellschaften und lagerten so ihre hochriskanten Geschäfte aus – auch, weil die staatlichen Regulierungen in Irland bei weitem nicht so umfangreich waren wie in anderen Ländern. Als dann auch noch die Blase auf dem irischen Immobilienmarkt platzte, hatte der Staat aufgrund seiner geringen →

## Staatsverschuldung: Die Gläubiger sitzen oft im Ausland

Auslandsverschuldung in Prozent der gesamten Staatsverschuldung ■ 2004 ■ 2009



Ursprungsdaten: Eurostat, griechische Zentralbank

Ein Staat kann sich intern bei seinen eigenen Bürgern verschulden oder extern im Ausland. Die interne Staatsverschuldung „bleibt in der Familie“. Denn sowohl der Staat als auch die Einwohner haben Verbindlichkeiten gegenüber dem jeweils anderen: Der eine, weil er sich Geld geliehen hat, der andere, weil er Steuern zahlen muss – und die werden im Notfall erhöht, wenn der Staat seinen Kredit anderweitig nicht bedienen kann. Bei der externen Verschuldung dagegen möchte ein außenstehender Dritter irgendwann sein Geld zurück. Und mit den Zinsen fließen zudem regelmäßig Gelder aus dem eigenen Land ab.

© 2011 IW Medien · iwd 42

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Ein Schuldenheft

Nicht nur Griechenland hat ein Problem mit seinem Schuldenberg – fast alle Staaten in Europa müssen sparen, auch Deutschland. Dabei haben viele Länder in der Disziplin der Konsolidierung bereits Erfahrung – Schweden beispielsweise oder Argentinien, das 2001 sogar zahlungsunfähig war, mittlerweile aber wieder ein ordentliches Wirtschaftswachstum hinlegt. Wer verstehen möchte,

wie die Euro-Schuldenkrise zustande kam, mit welchen Mitteln sie bekämpft wird und was all das für künftige Generationen bedeutet, wird in diesem Themenheft zur Staatsverschuldung fündig. Außerdem haben wir ein Glossar mit 19 Begriffen zusammengestellt, das die wichtigsten Vokabeln zum Thema erläutert: von Bail-out bis Zinsausgaben: [www.iwkoeln.de/staatsverschuldung](http://www.iwkoeln.de/staatsverschuldung)

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland



→ Steuereinnahmen kaum Geld, um die Krise abzufedern:

**Das irische Haushaltsdefizit stieg im Jahr 2010 auf mehr als 30 Prozent des BIP. Der Schuldenstand dürfte aktuell rund 112 Prozent betragen.**

Auch die anderen Problemländer der Euro-Zone hat die vergangene Finanzkrise hart getroffen – sie ist eine Mitursache der heutigen Schuldenmisere. Das Bittere für die Südeuropäer: Sie haben kaum im weltweiten Finanzmonopoly mitgemischt, mussten aber dennoch ihre eigenen Banken retten und teils teure Konjunkturpakete schnüren. Ohne die Finanzkrise stünden die Länder heute wohl nicht am Rande des Staatsbankrotts.

Doch wer Schulden hat, muss diese nicht nur irgendwann begleichen, sondern auch Zinsen zahlen. Deren Höhe ist normalerweise ein Indiz dafür, wie Anleger die Bonität eines Schuldners einschätzen. Vereinfacht gesagt: niedrige Zinsen

gleich guter Schuldner, hohe Zinsen gleich schlechter Schuldner. Mit der Währungsunion war erst einmal viel Vertrauen in die Staaten da. Zudem fiel das Risiko weg, dass Anleger Geld wegen einer Währungsabwertung verlieren. Resultat: Die Kapitalmarktzinsen sanken.

**Musste Griechenland im Jahr 1995 für zehnjährige Staatsanleihen mehr als 17 Prozent Zinsen bieten, waren es zehn Jahre später lediglich noch 3,6 Prozent.**

Ähnlich sah es in Italien und Spanien aus. In den Folgejahren ignorierten die Finanzmärkte allerdings die hohen Budgetdefizite und die Verstöße gegen den Stabilitätspakt mancher Länder – die Zinsen blieben weiterhin niedrig.

Dadurch war es vor allem für die südeuropäischen Länder einerseits billig, sich zu verschulden, und andererseits unattraktiv, zu sparen. Daher verschuldeten sich die Krisenländer weniger „in der Familie“,

sprich bei den eigenen Bürgern und Banken, sondern immer stärker im Ausland (Grafik Seite 1). Und das kennt im Ernstfall keine Verwandten, sondern beharrt auf seinen Forderungen. In dieser Konstellation mögen die Zinsen noch so niedrig sein – letztlich summieren sie sich auf einen stattlichen Posten im Budget (Grafik).

**In Griechenland machten im Jahr 2007 allein die Zinszahlungen schon mehr als 4 Prozent der Wirtschaftsleistung aus; in diesem Jahr dürften es fast 7 Prozent werden.**

Immerhin haben die meisten Länder bereits damit angefangen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Das zeigt der Blick auf die Primärbudgetsalden der Staaten. Bei der Berechnung dieser Salden bleiben die Zinszahlungen außen vor. Nach dieser Kalkulation hat zum Beispiel Italien derzeit kein Haushaltsdefizit von 4 Prozent des BIP, sondern sogar einen kleinen Haushaltsüberschuss von 0,8 Prozent.

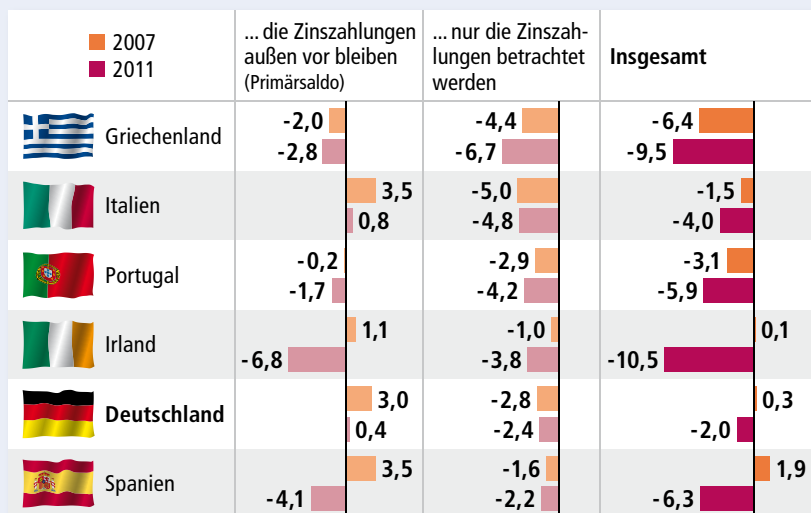
Dass Budgetdefizite von mehr als 3 Prozent so lange ungestraft möglich waren, lag aber auch am Versagen der europäischen Institutionen. Als etwa Deutschland und Frankreich 2003 den Stabilitäts- und Wachstumspakt brachen, tat der EU-Ministerrat nichts. Später weichte er den Pakt sogar durch neue Ausnahmen weiter auf.

Erst mit der aktuellen Reform erhalten die Vorschriften mehr Biss. So sieht der Pakt ab 2012 nicht nur frühere und automatische Kontrollen sowie Sanktionen vor. Er macht Staaten mit einem Schuldenstand von mehr als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung auch konkrete Sparvorschriften – und zwar sogar dann, wenn deren laufendes Budgetdefizit unter der magischen 3-Prozent-Marke liegt.

## Staatshaushalte: Wenn bloß die Zinsen nicht wären ...

Lässt man bei der Betrachtung des Saldos zwischen Einnahmen und Ausgaben die Zinszahlungen der Staaten außer Acht, betrachtet man also nur den Primärsaldo, zeigt sich, dass die Zinslasten wegen der höheren Schulden in vielen Staaten stark gestiegen sind und das gesamte Defizit dominieren.

Budgetsalden der Staaten in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wenn ...



# Sparsame Musterknaben

**Schuldenabbau.** Zwölf der 17 Euro-Länder haben derzeit eine Staatsverschuldung erreicht, die gegen den Maastricht-Vertrag verstößt. Klar, die Defizite müssen sinken. Bloß wie? In der Vergangenheit jedenfalls haben viele einst hochverschuldete Staaten ihre Finanzen erfolgreich saniert.

Eine ganze Reihe von Ländern – auch heutige Krisenländer – haben bewiesen, dass man schnell und erfolgreich konsolidieren kann. Schweden zum Beispiel: Der Wohlfahrtsstaat war Anfang der 1990er Jahre in eine tiefe Wirtschaftskrise gerutscht und läutete 1994 einen Sparkurs ein, der den Rotstift vor allem im Sozialsystem ansetzte: Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde gekürzt, es gab weniger Urlaub für Arbeiter und Angestellte, Abstriche beim Kindergeld sowie bei der Arbeitslosenunterstützung.

Außerdem setzte die schwedische Regierung eine Rentenreform durch, die ein nachhaltigeres Finanzierungsmodell und ein flexibles Rentenalter einschließt. So können Schweden, die regulär mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen, nun bis zum 70. Lebensjahr durcharbeiten, wofür sie mit kontinuierlich steigenden Zuschlägen belohnt werden.

Das große Sparen, das auch vor der Verwaltung selbst nicht halt machte, hat sich gelohnt (Grafik):

**Schweden konnte seine Schuldenquote zwischen 1996 und 2001 um fast 19 Prozentpunkte auf knapp 55 Prozent senken.**

Andere Länder erzielten noch größere Konsolidierungserfolge – zum Beispiel die Niederlande. Geradezu

## Konsolidierung: Vorbild Irland

Abbau der Staatsverschuldung innerhalb von fünf Jahren

	Zeitraum	Schuldenquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
		Beginn	Ende	Differenz in Prozentpunkten
Irland	1995 - 2000	82,1	37,8	-44,3
Niederlande	1995 - 2000	76,1	53,8	-22,3
Schweden	1996 - 2001	73,3	54,7	-18,6
Belgien	1993 - 1998	134,2	117,4	-16,8
Finnland	1996 - 2001	57,0	42,5	-14,5
Vereinigtes Königreich	1996 - 2001	51,3	37,7	-13,6
Spanien	1996 - 2001	67,4	55,5	-11,9
Italien	1994 - 1999	121,8	113,7	-8,1
USA	1993 - 1998	72,9	64,9	-8,0

Ursprungsdaten: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 42

spektakulär sparte der Musterknabe Irland, das seine Verschuldungsquote zwischen 1995 und 2000 von 82 Prozent auf 38 Prozent herunterschraubte. Ein bekanntes außereuropäisches Beispiel für einen erfolgreichen Schuldenabbau ist Argentinien (Kasten).

Allerdings gibt es gute und schlechte Konsolidierungsanstrengungen – dies zeigt eine Studie des Brüsseler Centre for European Policy Studies aus dem Jahr 2010. Die Wissenschaftler verglichen viele europäische Staaten und kamen zu folgendem Schluss: Eine Konsolidierung, die – wie in Italien oder Portugal – vor allem über Steuererhöhungen erreicht werden soll, ist schlecht, weil sie Gefahr läuft, das Wachstum abzuwürgen. Staaten wie Dänemark oder Schweden kürzten dagegen eher auf der Ausgabenseite. Dies schafft Vertrauen bei Investoren und Konsumenten und setzt so Aufschwungkräfte frei.

Dass auffallend viele Länder ausgerechnet in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erfolgreiche Sparprogramme umsetzen konnten, hat auch mit der damaligen guten Konjunktur

zu tun: Die Konsolidierung hat dem Wachstum in diesen Ländern nicht geschadet. Im Gegenteil: Die meisten Staaten, die ein Sparprogramm durchzogen, konnten in dieser Zeit sogar Wachstumsraten erzielen, die oberhalb des Durchschnitts der Industrieländer lagen.

## Die Argentinien-Krise

Als Präsident Adolfo Rodríguez Saá Ende 2001 sein Land für zahlungsunfähig erklärte, war Argentiniens Staatsverschuldung massiv nach oben geklettert: Betrug die Schuldenquote 1997 noch rund 34 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, lag sie 2001 bei fast 54 Prozent. Die Regierung stoppte zunächst die Zahlungen an ihre Gläubiger, um dann Anfang 2002 ein Notstandsprogramm vorzulegen. So wurde der Peso vom Dollar entkoppelt, was dazu führte, dass die argentinische Währung stark abwertete und heimische Produkte wieder wettbewerbsfähig wurden. Es folgte eine Umschuldung, bei der die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten mussten. Die Rosskur hat funktioniert: Zwischen 2003 und 2010 ist die argentinische Volkswirtschaft real um durchschnittlich 7,6 Prozent pro Jahr gewachsen.

# Deutschland muss sich an die eig

**Staatsverschuldung in Deutschland.** Viele Deutsche, Bürger wie Politiker, zeigen beim Thema Staatsverschuldung gerne mit dem Finger auf andere Nationen – und verdrängen dabei, dass Deutschland keineswegs das große Vorbild ist, das es gerne sein möchte.

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden sind 2010 erstmals über die Marke von 2 Billionen Euro gestiegen – obwohl der Aufschwung den Finanzministern und Kämmerern 20 Milliarden Euro mehr Steuern bescherte, als erwartet worden war (Kasten Seite 5).

Trotz des großen Steuerplus haben es die Regierenden immer noch nicht geschafft, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Bund und Länder haben

lediglich das Tempo der Neuverschuldung verringert, sodass der Schuldenberg weiter wächst.

Dabei sollte Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas eigentlich für die anderen Staaten, vor allem für die Südeuropäer, in puncto stabile Staatsfinanzen ein Vorbild sein. Und anders als während der Finanzkrise 2008/2009 hätte die Politik heute sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft und die Wis-

senschaft beim Sparen durchaus auf ihrer Seite – schließlich muss derzeit keine Flaute mit teuren Konjunkturprogrammen bekämpft werden (Interview).

Mit ihrer Politik auf Pump stellen sich die Verantwortlichen aber letztlich selbst ein Bein. Denn je höher die Zinslasten für die zu bedienenden Schulden, desto geringer wird der politische Handlungsspielraum. Derzeit haben die Regierenden noch Glück im Unglück, denn das niedrige Zinsniveau hilft ihnen (Grafik):

**Im Jahr 2010 mussten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung für ihre Schulden „nur“ 61,5**

+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview + Interview



## Kreditaufnahme als Dauerdroge?

Professor Dr. Winfried Fuest, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

### Was werfen Sie der deutschen Schuldenpolitik vor?

Die Finanzminister und Kämmerer setzen Kredite nicht nur in Krisenzeiten ein, sondern nutzen sie gern auch als bequeme Möglichkeit, um zum Beispiel teure Wahlkampfversprechen zu finanzieren.

### Gibt es denn Zeiten, in denen das Schuldenmachen erlaubt ist?

Sicher. Wenn die Nachfrage einbricht und die Kapazitäten nicht mehr ausgelastet sind, dann kann man dem keynesianischen Deficit Spending folgen, also Konjunkturprogramme über Kredite finanzieren. Es wurde bisher aber immer nur der halbe Keynes umgesetzt. Dessen Konzept verlangt nämlich auch, dass die in der Krise angehäuften

Schulden mit den Haushaltsüberschüssen in Boomzeiten getilgt werden. Das hat aber in Deutschland nie stattgefunden.

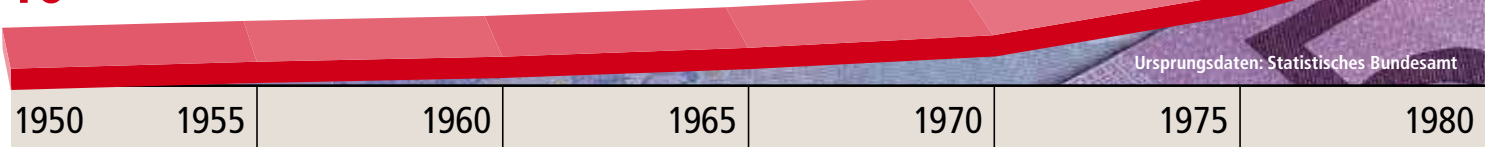
### Trotz Artikel 115 des Grundgesetzes, der in der Vergangenheit das beliebige Schuldenmachen verbot?

Richtig, im Grundgesetz war ausdrücklich vorgesehen, dass die Nettoverschuldung nicht höher ausfallen darf als die staatlichen Investitionen. Diese goldene Regel konnte jedoch relativ einfach außer Kraft gesetzt werden, die Regierung musste lediglich eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ feststellen. Und daher ist es sinnvoll, dass es nun eine neue Schuldenbremse gibt.

## Der Schuldenberg wächst ungebremst

Staatsverschuldung in Deutschland in Milliarden Euro, jeweils zum 31.12.

10



# ene Nase fassen

## Schuldenstaat Deutschland

Zum Stichtag 31.12. 2010 belief sich die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden auf 2,036 Billionen Euro. Allein 2010 wuchs der Schuldenberg der Gebietskörperschaften um 334 Milliarden Euro oder 20 Prozent. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg um 4.109 Euro auf 24.904 Euro.

Die Staatsverschuldung macht inzwischen 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Damit liegt die deutsche Schuldenquote 22 Prozentpunkte über der erlaubten Maastricht-Norm von 60 Prozent des BIP.

**Milliarden Euro an Zinsen bezahlen – das waren trotz einer nahezu doppelt so hohen Schuldenlast 6,3 Milliarden Euro weniger als zehn Jahre zuvor.**

Was den Anteil des Bundes angeht, scheint Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dem Braten jedoch selbst nicht recht zu trauen. Er ahnt wohl, dass die Zeiten billigen Geldes bald vorbei sein könnten:

- Im laufenden Etat sind für das Jahr 2011 noch 36,1 Milliarden Euro

bzw. 11,7 Prozent der Bundesausgaben für Zinszahlungen reserviert.

- Für das Jahr 2014 veranschlagt Schäuble bereits 48,1 Milliarden Euro und damit 16 Prozent der Bundesausgaben für Zinszahlungen. Geld, das dann für Investitionen – etwa in die Bildung – fehlt.

Immerhin: Die Chancen, dass nicht weitergewurstelt wird wie bisher, stehen gut. Denn auch die Politik denkt langsam um und hat vor zwei Jahren eine Schuldenbremse beschlossen. Demnach müssen die Bundesländer spätestens 2020 ausgeglichene Haushalte vorlegen (vgl. Seite 6-7). Und der Bund darf 2016 – sofern die Konjunktur nicht einbricht – nur noch 10 Milliarden Euro

neue Schulden machen. Von Verhältnissen wie in Griechenland, wo inzwischen fast jeder zweite Euro für Zinszahlungen draufgeht, sollte Deutschland also verschont bleiben.

# 2.036



1985

1990


1995

2000

2005

2010

# Freistaaten sind Vorzeige-Sparer

**Bundesländer.** Sachsen in Ostdeutschland sowie Bayern im Westen entwickeln den größten Ehrgeiz, um die Vorgaben der Schuldenbremse zu erfüllen. Auch Thüringen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg sind gut unterwegs. Andere Länder tun sich deutlich schwerer – Nordrhein-Westfalen ist sogar noch gar nicht auf die Ausgabenbremse getreten. 

Die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse legt auch den Bundesländern Zügel an. Die Länderhaushalte dürfen ab 2020 kein strukturelles Defizit mehr aufweisen. Das heißt, die Finanzminister dürfen nur noch dann neue Schulden aufnehmen, wenn die Konjunktur schlecht läuft – und müssen diese Schulden im nächsten Aufschwung wieder abbauen (Kasten).

Das Ziel, die Finanzen der Bundesländer wieder ins Lot zu bringen,

ist alle Anstrengungen wert. Denn derzeit schleppen die meisten Länder eine schwere Schuldenlast mit sich herum (Grafik Seite 7):

**Im bundesweiten Durchschnitt entfallen auf jeden Einwohner Landes-schulden von mehr als 7.300 Euro.**

Die für den Schuldendienst aufzubringenden Zinsen engen die Haushaltsspielräume merklich ein – sodass für eine wachstumsfreundliche Politik auf Dauer immer weniger Geld übrig bleibt.

## Das strukturelle Defizit

Der von Bund und Ländern eingesetzte Stabilitätsrat soll kontrollieren, ob die Bundesländer die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten. Dazu muss er wissen, wie sich das strukturelle, also von konjunkturellen Einflüssen unabhängige Defizit in den einzelnen Ländern entwickelt. Allerdings gibt es für die Berechnung dieses Defizits bislang weder die erforderlichen vergleichbaren Daten noch ein einheitlich festgelegtes Rechenverfahren. Hier müssen die Länder nachbessern. Zudem muss der gesamte Prozess transparenter werden – schließlich sollen auch die Bürger nachvollziehen können, ob die eigene Landesregierung die Schuldenbremse ernst nimmt.

## Viele Bundesländer auf Konsolidierungskurs

Strukturelles Haushaltsdefizit (-) bzw. struktureller Überschuss in Millionen Euro

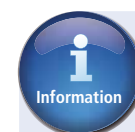
Das strukturelle Defizit ist jener Teil des gesamten Haushaltsdefizits, der dauerhaften Charakter hat, sich also nicht im Laufe eines Konjunkturzyklus automatisch abbaut.

	2010	2013	Abbau bzw. Anstieg (-) des strukturellen Haushaltsdefizits in Prozent (Konsolidierungsquote)
Sachsen	-461	308	167
Thüringen	-595	199	134
Bayern	-1.450	254	118
Sachsen-Anhalt	-767	85	111
Baden-Württemberg	-1.334	47	104
Brandenburg	-624	-68	89
Saarland	-1.248	-294	76
Rheinland-Pfalz	-2.114	-1.017	52
Hamburg	-1.411	-869	38
Hessen	-2.115	-1.438	32
Niedersachsen	-2.271	-1.631	28
Schleswig-Holstein	-1.318	-1.032	22
Bremen	-1.219	-1.019	16
Berlin	-2.012	-1.731	14
Mecklenburg-Vorpommern	-131	-158	-20
Nordrhein-Westfalen	-4.773	-6.517	-37

Ursprungsdaten: Haushaltsabschlüsse 2010 und mittelfristige Finanzplanung der Bundesländer

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 42



Ralph Brügelmann, Thilo Schaefer: Konsolidierungs-Check – Schuldenbremse in den Bundesländern, Bericht für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Download unter: [www.iwkoeln.de/Studien/Gutachten](http://www.iwkoeln.de/Studien/Gutachten)

Auf dem Weg, dies zu ändern, sind einige Länder bereits ein gutes Stück vorangekommen, wie Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zeigen (Grafik).

**Sachsen peilt bis 2013 einen strukturellen Haushaltsüberschuss von mehr als 300 Millionen Euro an.**

Zwar ist bereits der Etat für 2011 ausgeglichen. Der Freistaat will aber noch mehr sparen – etwa bei der Arbeitsmarktpolitik, den Investitionen in das Straßennetz sowie beim Städtebau und Denkmalschutz.

**Auch Bayern gehört zu den Konsolidierungs-Champions – 2013 winkt dort ein struktureller Haushaltsüberschuss von über 250 Millionen Euro.**

In München setzt die Regierung den Rotstift unter anderem beim öffentlichen Dienst an, etwa indem derzeit eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre für frei gewordene Stellen gilt und die Einstiegsvergütungen abgesenkt wurden.

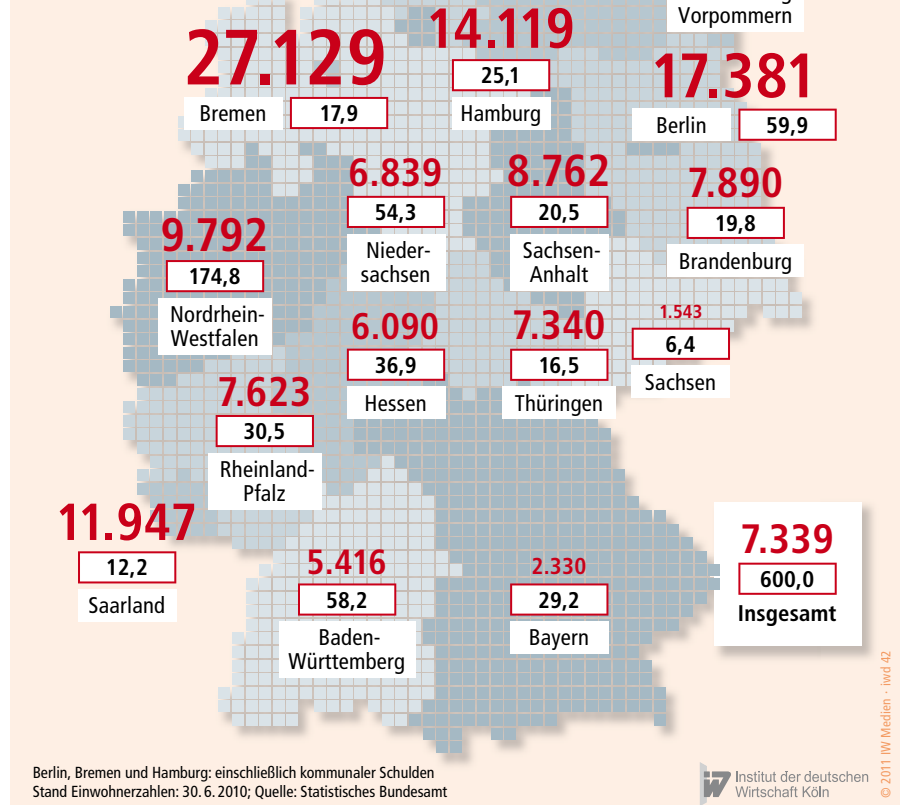
In Nordrhein-Westfalen dagegen steigt die strukturelle Neuverschuldung bis 2013 sogar. Die rot-grüne Koalition hat unter anderem die Studiengebühren gestrichen und den Personalabbau im öffentlichen Dienst gestoppt.

Berlin, Bremen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein müssten sich beim Sparen eigentlich besonders ins Zeug legen. Denn diese Länder erhalten vom Bund bis 2020 insgesamt 800 Millionen Euro pro Jahr an Konsolidierungshilfen – sofern sie ihr struktu-

## Die Schuldenlast der Bundesländer

Stand: 31.12.2010

■ in Euro je Einwohner  
□ in Milliarden Euro



relles Defizit ab 2011 jedes Jahr um ein Zehntel verringern.

Im Soll liegen aber bislang nur Sachsen-Anhalt und das Saarland.

Vor allem Berlin und Bremen müssen dagegen kräftig auf die Konsolidierungs-Tube drücken, um weiterhin Hilfen vom Bund zu erhalten.

+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview + view

### „Wir brauchen keine europäische Wirtschaftsregierung“

IW-Direktor Michael Hüther zum Thema Staatsverschuldung

#### Wie wirkt sich die aktuelle internationale Schuldenkrise auf die deutschen Unternehmen aus?

Eine Kreditklemme sehe ich für Deutschland nicht. Eher könnte das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems leiden und Unternehmen ziehen mittelfristige Investitionsprojekte in Zweifel. Derzeit erwarten wir im IW Köln für 2012 aber immer noch ein Wirtschaftswachstum von 1¼ Prozent.

#### Kann und sollte die Bundesregierung trotzdem etwas tun, um das Wachstum zu stärken?

Die Bundesregierung darf keine Zweifel daran aufkommen lassen, dass der Euro und die europäische Integration zentrale Faktoren unserer Wachstumsperspektiven sind. Unabhängig davon muss die Bundesregierung endlich ihre im Koalitionsvertrag versprochenen Re-

formen umsetzen. Das betrifft etwa das Steuerrecht, die Energie- und Rohstoffversorgung sowie das Forschungs- und Entwicklungsumfeld der Unternehmen.

#### Sie betonen die Bedeutung des europäischen Rahmens. Brauchen wir eine EU-Wirtschaftsregierung?

Wir brauchen eine verlässliche orientierende Finanzpolitik. Diese ist zum Teil mit dem „Sixpack“ – ein Paket von sechs Gesetzen, mit denen die EU den Stabilitätspakt verschärft hat – auf den Weg gebracht worden. Diese Politik muss ergänzt werden um nationale Schuldenbremsen und um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch verbesserte Angebots- und Investitionsbedingungen. Eine europäische Wirtschaftsregierung, die wirtschaftsstrukturelle Entscheidungen trifft, brauchen wir nicht, sie wäre fatal.



# Auf Kosten der Zukunft

**Staatsverschuldung.** Seit fast einem Jahrzehnt lebt der deutsche Staat von der Substanz. Das ist riskant. Denn bleiben notwendige Investitionen in Infrastruktur oder Bildung aus, wird die Luft für den Schuldendienst immer dünner.

Privatpersonen haben's leicht: Sie können ein Erbe, das aus Schulden besteht, ausschlagen. Für Staatsbürger dagegen gestaltet sich die Sache wesentlich komplizierter. Künftige Generationen müssen mit einem riesigen staatlichen Schuldenberg klar kommen.

Schon heute bringt der Bund rund 15 Prozent seiner Steuereinnahmen für den Schuldendienst auf. Damit diese Lasten nicht ausufern, hat die Bundesrepublik eine Schuldenbremse im Grundgesetz eingeführt.

Wenn der Staat – was immer noch besser ist, als Steuern zu erhöhen – seine Transferzahlungen stutzt und seine Ansprüche einschränkt, dro-

selt er zwar vorübergehend den Konsum und dämpft möglicherweise die Konjunktur. Mittel- bis langfristig stärkt er damit aber die Wachstumskräfte, indem er privaten Aktivitäten wieder mehr Spielraum gibt. Dies gilt umso mehr, wenn der staatliche Sparkurs nicht zulasten der Investitionen geht.

So verbessern beispielsweise Investitionen in die Bildung – etwa der Ausbau und die Förderung der frühkindlichen Bildung in einer Kita oder bei einer Tagesmutter – nicht nur langfristig die Einkommenschancen der geförderten Jungen und Mädchen, sondern zahlen sich bereits kurzfristig aus: Sie erleichtern es den Eltern, einer bezahlten Arbeit nachzugehen – das wiederum erhöht die Steuereinnahmen und hilft dem Staat, seine Schulden abzutragen.

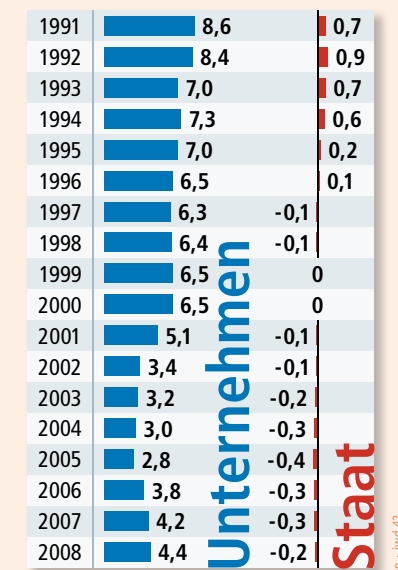
Statt zu investieren, zehrt der Staat jedoch seit Jahren von der Substanz (Grafik):

**Seit 2001 gibt die Bundesrepublik Jahr für Jahr weniger Geld für Sachanlagen aus, als der Staat abschreibt – die Nettoanlageinvestitionen sind also negativ.**

Verstärkt wird dieses Ungleichgewicht durch einen weiteren Faktor: die impliziten Schulden. Dabei handelt es sich um künftige Ansprüche, die bereits heute entstehen, für die aber keine ausreichend hohen Ein-

## Der Staat zehrt von der Substanz

Nettoanlageinvestitionen in Deutschland in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Nettoanlageinvestitionen: Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen; Stand: März 2011; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
 © 2011 IW Medien - iw42

nahmen zu erwarten sind. Zu den impliziten Schulden zählen neben den Pensionszahlungen für Beamte vor allem Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen. Im Jahr 2009 machten die ungedeckten Leistungsversprechen der sozialen Sicherungssysteme fast 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland aus.

Auch wenn diese Schulden nicht offen zutage treten, sollte diese Finanzierungslücke geschlossen werden. Dass das geht, zeigt die „Rente mit 67“: Sie verringert die implizite Schuld, die allein aus der gesetzlichen Rentenversicherung resultiert, um rund 25 BIP-Prozentpunkte.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellvertreterin:** Brigitte Lausch  
**Redaktion:** Alexander Weber (verantwortlich),  
 Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,  
 Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf  
**Redaktion Berlin:** Klaus Schäfer  
**Redaktionsassistentin:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01  
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Bercker Graphischer Betrieb  
 GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich  
 (außer Januar und Dezember)  
 „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
 nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
 www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
 SCHAFFT KOMPETENZ.